

Lafontaine – „Den richtigen Nagel gedroschen“

Oskar Lafontaine hat die Sozialdemokraten wieder ins Gespräch gebracht. Seine These, durch Lohnverzicht bei Arbeitszeitverkürzungen könnten Arbeitsplätze geschaffen werden, hat die Fronten in der Bundesrepublik verkehrt: Konservative und Liberale zollen Beifall, Ge-

werkschaften und traditionsbewußte Genossen protestieren. Doch Willy Brandts Lieblingsenkel denkt über den Tag hinaus. Der Aufsteiger von der Saar und Stellvertreter Vogels empfiehlt sich, ohne es zu sagen, als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 1990.

Wenn sich im saarländischen Siersburg die Genossen am Aschermittwoch zum Fischessen versammeln, sind sie – schönen Gruß nach Passau und Vilshofen – auf deftige Töne eingestimmt. Dafür bürgt schon seit Jahren ihr Spitzenmann, der Ministerpräsident und SPD-Landeschef Oskar Lafontaine.

Doch in diesem Jahr wurden die rund tausend Zuhörer enttäuscht. Statt auf politische Gegner einzudreschen, nahm der SPD-Vize die eigene Partei aufs Korn – eine gezielte Provokation mit Anlauf:

- ▷ Zuerst Selbstkritik: „Wir müssen uns fragen, ob unsere Antworten tragen, ob wir, wenn wir auf die Rezepte der 50er, 60er und 70er Jahre zurückgreifen, im Fall der Regierungsübernahme in der Lage wären, die Arbeitslosigkeit abzubauen.“
- ▷ Dann der Solidaritätsappell: Dem Problem könne die Gesellschaft nur

beikommen, „wenn diejenigen, die im Erwerbsleben stehen, nicht nur die Arbeit, sondern auch Einkommen und Löhne teilen wollen mit denen, die jetzt keinen Arbeitsplatz haben“.

- ▷ Und schließlich die Schlußpointe: „Ich bin für die 35-Stunden-Woche, aber nicht für vollen Lohnausgleich für alle Tarifgruppen.“

Lafontaine wußte, wovon er sprach und was er damit anrichtete.

Seine Forderung an die Gewerkschaften, Arbeitsplätze nicht nur durch Arbeitszeitverkürzung zu erkämpfen, sondern auch aus der Lohntüte mitzufinanzieren, verletzte sozialdemokratische Tabus.

Noch nie hatte ein stellvertretender Vorsitzender der Arbeiterpartei mitten in einem Tarifstreit öffentlich Lohnverzicht gepredigt. Und noch nie war den

Freunden vom DGB so unverblümt bedeutet worden, daß nicht nur die Arbeitgeber schuld an hohen Arbeitslosenzahlen haben, sondern auch die Gewerkschaften mitverantwortlich sind.

Solche Töne hatte die Öffentlichkeit bisher immer nur aus dem konservativen Lager gehört. Daß ausgerechnet der linke Lafontaine die Melodie der Rechten übernahm, empfanden die DGB-Fürsten als Verrat.

Denn an diesem Aschermittwoch war nichts vorbei. In Siersburg gab es nur ein paar Pfiffe. Richtig rund ging es erst, als die von Lafontaine mit Bedacht im Bus aus Bonn angekarteten Journalisten den Knaller bundesweit aufbereiteten. Seither redet die Republik über Oskar – den Star von der Saar. Der hat auf einen Streich die gesamte Polit-Szene aufgemischt und Freund und Feind verwirrt.

Gestandene Alt-Sozis sind empört, eingefleischte Unionsanhänger begei-



Oskar, der Blechtrommler

Frankfurter Allgemeine Zeitung

stert über den Trommler von der Saar. Arbeitslose und Unternehmer gratulieren ihm, Gewerkschaftsfunktionäre und ergraute Jusos schreien Zeter und Mordio. Blumen und Beifall von rechts? Pfiffe und Buhrufe von links? Die politische Geographie ist durcheinandergeraten.

Die Union ist perplex. Der Vorstoß des Saarländers hat das Konrad-Adenauer-Haus genauso kalt erwischt wie die Genossen in der SPD-Zentrale. Schon tüfteln Heiner Geißlers Wahlstrategen an Abwehr-Strategien: Was tun, wenn Oskar kommt?

Auch die SPD weiß noch nicht, ob sie ihren Vize ganz toll oder total verrückt finden soll.

Immerhin hat Lafontaine den Genossen – nach langer Zeit – wieder einmal das Gefühl bereitet, daß die Partei noch nicht ganz in den Klarsichthüllen des Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel verschwunden ist. „Wer hat denn über uns geredet“, freut sich Lafontaines niedersächsischer Mitstreiter Gerhard Schröder, „jetzt wollen alle von uns was wissen.“

Der Alt-Linke Peter von Oertzen, in Sachen Lohnausgleich durchaus nicht auf Lafontaine-Kurs, findet den Wirbel erfrischend: „Lieber einen schlechten Ruf als gar keinen.“

Auch die Medien überschlagen sich. Ob linke „taz“ („mutiger Vorschlag“) oder rechte „FAZ“ („ein Wegweiser namens Lafontaine“) – die Freude zumindest über den Tabu-Brecher Lafontaine ist ungeteilt.

Seit der seine Thesen auch noch in einer Fernseh-Talk-Show ebenso griffig wie glaubwürdig in die Wohnzimmer trug, reißt die Fan-Post nicht ab. Arbeitslose Lehrer und wohlbestallte Ärzte, Immobilienmakler und Hausfrauen, Pastoren und Krankenschwestern überschütten den SPD-Vormann von der Saar mit überschwenglichem Lob.

Ein „Arbeitskreis parteilose Arbeitslose“ aus Hannover nennt es „die Sensation des 20. Jahrhunderts“, daß ein SPD-Ministerpräsident „etwas ausgesprochen hat, was als das Vernünftigste in der Sozialgeschichte der letzten 100 Jahre zu bezeichnen ist“. Ein begeisterter Gastwirt aus Saarbrücken findet seinen Ministerpräsidenten „sogar als Unternehmer wählbar“.

Zustimmend äußerten sich rund 95 Prozent aller Briefschreiber, so auch der

SPD-Kanalarbeiter und frühere Parlamentarische Finanz-Staatssekretär Karl Haehser: „Selbst wenn Du meinen solltest, es sei Beifall von der falschen Seite, will ich ihn Dir zollen.“

Respekt bekundete ihm auch ein anderer prominenter Alt-Genosse. Karl Schiller, einst Symbol für ökonomische Kompetenz der SPD, bescheinigte Lafontaine am Telefon: „Du hast den Hammer auf den richtigen Nagel gedroschen.“

Und während der DGB in Nordfriesland den SPD-Vize verärgert als Redner für die Mai-Kundgebung nicht haben will, stellte sich der Ehrenvorsitzende Willy Brandt demonstrativ vor seinen Lieblingsenkel.



SPD-Partelvize Lafontaine: Immer besser als andere

Dessen Vorschläge, die Arbeitszeit bei Besserverdienenden ohne vollen Lohnausgleich zu verringern, sei eine „begrüßenswerte Initiative“. Zugleich räumte Brandt ein Mißverständnis aus. Es gehe nicht darum, „daß die Menschen direkt etwas abgeben sollen, sondern daß eingefroren wird, was sie haben“ – kein Lohnverzicht, sondern nur der Verzicht auf Lohnzuwachs für die oberen Einkommensbezieher.

Den Einwand, daß sein Vorschlag nicht praktikierbar sei, hat Lafontaine schon in seiner Siersburger Rede mit einem verblüffend einfachen Argument entkräftet: Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, so wiederholt er seither stereotyp, finde jetzt schon statt – Arbeitslosigkeit sei deren brutalste Form.

Sogar DGB-Chef Ernst Breit gab vergangene Woche zu erkennen, daß aus

dem krassen Nein der Gewerkschaften auch ein bedingtes Ja werden könnte. Zwar blieb er dabei, daß es für den DGB nur die Forderung nach kürzerer Arbeitszeit geben könne: „Wenn sich die Arbeitgeber aber dazu verpflichten würden, bei einer fünfprozentigen Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich für Besserverdienende fünf Prozent mehr Arbeitsplätze zu schaffen, wären die Gewerkschaften sofort dabei.“

Lafontaine hat sich keineswegs spontan eingemischt. Sein Einmarsch in sozialdemokratische Tabuzonen war sorgfältig geplant. Und auch das Drehbuch lag schon vor. In einer „Analyse“ der verlorenen Bundestagswahl 1987, die eine Parteikommission unter Vorsitz des früheren Bundesgeschäftsführers Peter Glotz verfaßt hatte, konnte man im vorigen Herbst lesen, was Lafontaine jetzt tut.

Die SPD, so hieß es da, müsse sich aus „verkrampften Frontstellungen“ lösen. Längerfristig habe sie nur dann eine Chance, wieder die Macht zu gewinnen, wenn sie nicht nur außen-, sondern auch gesellschafts- und wirtschaftspolitisch ein bündnisfähiger Partner für die Liberalen werde.

Solange der SPD von wichtigen Teilen der Wählerschaft die Modernisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft nicht zugetraut wird, sondern man sie allein für die soziale Absicherung dieses Modernisierungsprozesses zuständig machen will, ist es um ihre Mehrheitsfähigkeit schlecht bestellt.

Genauso sieht das auch Oskar Lafontaine. Zwar hat er seinen Vorstoß zum

Verdruß seiner Freunde mit keinem vorher abgesprochen. Aber die von ihm losgetretene Diskussion paßt ebenso ins Glotz-Konzept wie sein neues Buch zur künftigen Organisation der Arbeit* – eine Art Perestroika auf sozialdemokratisch: Umdenken und Entrümpelung sind angesagt, nicht nur in der SPD, sondern auch beim DGB.

Kernthese: Die SPD darf sich nicht allein auf die Erwerbsarbeit konzentrieren, sie muß die unbezahlten, aber gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten etwa in der Familie oder der Weiterbildung aufwerten.

Lafontaine stellt damit nicht nur vertraute Denkmodelle zur Disposition. Er hat sich auch in die Emanzipationsdebatte

* Oskar Lafontaine: „Die Gesellschaft der Zukunft“. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg; 267 Seiten; 36 Mark.



Lafontaine-Gegner Rappe, Wulf-Mathies, Roth: Gestandene Alt-Sozis sind empört

te eingemischt – bisher allerdings ohne Unterstützung der SPD-Frauen (siehe Seite 30).

Buch und Autor haben aber auch ein anderes sozialdemokratisches Defizit sichtbar gemacht. Bislang fehlt der SPD ein griffiges Wirtschaftsprogramm und vor allem der Kopf, der es publikumswirksam unter die Leute bringt.

Trotz immensen Fleißes hat es der wirtschaftspolitische Sprecher Wolfgang Roth nicht geschafft, das tiefsitzende Vorurteil aufzubrechen, die Sozis hätten von Wirtschaftspolitik keine Ahnung. Auch Hans Apel verheißt keine bessere Zukunft, wenn er im Fernsehen wieder und wieder seinen drögen CDU-Widersacher Gerhard Stoltenberg heftig kritisiert.

Lafontaine hat diesen Mißstand längst erkannt. Zielstrebig und unauffällig hat er sich Gesprächspartnern aus Wirtschaft und Industrie als kompetenter Polit-Manager empfohlen. Wie er die heruntergewirtschaftete Arbed Saarstahl in den Griff nahm, imponierte den Unternehmern. Wenn sich heute Industriekapitäne mit führenden Sozialdemokraten treffen, ist Lafontaine immer mit von der Partie.

In der vorletzten Woche war der Saarländer gleich zweimal im Einsatz: Am Montag traf er sich, begleitet von Vogel, Johannes Rau und Schatzmeister Hans-Ulrich Klose in Bonn im Politischen Club der Friedrich-Ebert-Stiftung diskret mit den Spitzen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Drei Tage später war er in Frankfurt bei einem vom ehemaligen Kanzleramtschef Manfred Schueler arrangierten Gespräch mit sozialdemokratischen Managern dabei. Im „Frankfurter Hof“ redete die Herrenrunde beim Abendessen über die Defizite der SPD in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

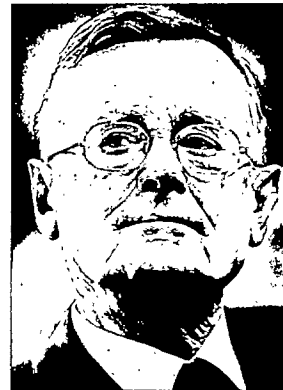
Und immer häufiger tritt Lafontaine mit Sprüchen wie diesen ans Rampenlicht: „Wir sind die Partei der intelligenteren Lösungen“; und: „Wir müssen die Effizienz des Marktsystems verbessern.“

Trockenübungen des Kanzlerkandidaten für 1990?

Bestätigt fühlt sich Lafontaine heute jedenfalls in seiner Entscheidung, Hans-

Jochen Vogel nach Willy Brandts Rücktritt den Vortritt gelassen zu haben. Den Tarifkrach, so seine These, hätte er als Parteichef nicht anzetteln können: „Dann hätten alle gesagt, die SPD stellt sich gegen die Gewerkschaften.“ So aber kann er seine Tore „aus der zweiten Reihe“ schießen – das ist ihm, sagt er, auch auf dem Fußballfeld „die liebste Position“.

Die Berufung auf den Charme der zweiten Reihe ist schiere Koketterie. Nichts treibt Oskar Lafontaine so sehr an wie die Herausforderung, beweisen zu können, daß er „der Bessere“ ist. So stand es in einer frühen Wahlkampfbroschüre im Saarland, und schon damals konnten sich die Autoren auf ein verlässliches biographisches Muster stützen, das



Lafontaine-Freunde Klose, Schiller, Schröder: Signale an die FDP

Oskar Lafontaine in der Schule, dem bischöflichen Konvikt im Eifelstädtchen Prüm, gestrickt hat. Als Vorsänger im Kirchenchor, als Anführer von Klassenkrawallen und als Primus mit Einser-Abitur – stets war der Oskar besser als die anderen, und immer war er sich dessen bewußt.

Gleichwohl hat sich diese Grundhaltung, die manchen irritiert und ärgert, nicht zur abstoßenden Anmaßung verhärtet. Das liegt einmal daran, daß Oskar Lafontaine, was selten ist im politischen Gewerbe, in einem hohen Maße zur Selbstironie fähig ist. Zum anderen verbindet er seinen Anspruch, besser zu sein, mit einer Haltung von Verantwortung und Fürsorge für Schwächere.

Unbestreitbar ist auch, daß der hochbegabte und gut ausgebildete Physiker Lafontaine mit seinen intellektuellen Fähigkeiten und seiner humanistischen Bildung in der Tat weit über das politische Durchschnittsmaß hinausragt.

Die Karriereleiter nahm er im Sturmschritt. Juso, Stadtrat, Landtagsabgeordneter, Fraktionsvize, Landesvorsitzender, Bürgermeister, Oberbürgermeister – die ganze Ochsentour, für die andere ein halbes Leben brauchen, dauerte bei ihm gerade ein Jahrzehnt. Mit 32 Jahren war Lafontaine damals der jüngste Oberbürgermeister in einer deutschen Großstadt.

Sein Erkerzimmer im Rathaus wird Besuchern inzwischen wie eine Sehenswürdigkeit gezeigt, als „die Wiege“, die dem Wunderknaben Oskar beim Aufstieg in die politische Bundesliga schon bald zu klein geworden war.

Nie beschränkte er den Wirkungskreis aufs enge Saarland, aber ohne die Verbundenheit mit seiner Heimat wäre sein bundespolitischer Erfolg undenkbar. Denn das imponiert den Saarländern ganz besonders: daß einer von ihnen draußen „im Reich“ etwas geworden ist; neben Erich Honecker eben auch Oskar Lafontaine.

Der mischte bei allem Streit auf Bundesebene kräftig mit: Kernenergie und Raketen, Plänkelei mit, dann Abgrenzung von den Grünen. Oskar gab immer einen Parteiton an.

Längst wissen nicht nur seine Parteifreunde an der Saar, daß Lafontaine für Alleingänge, plötzliche Vorstöße und überraschende Themenbesetzungen immer gut ist.

In der Bundespartei hatte er nach der vergangenen Bundestagswahl zunächst die Rechten schockiert, als er unbestimmt am Tage nach der Niederlage Kritik an der Wahlkampfführung von Johannes Rau übte. Wenig später überraschte und enttäuschte er dann seine linken Freunde, die ihn bereits als Willy-Brandt-Nachfolger sahen, mit einer ebenso einsamen wie abrupten Entscheidung, für dieses Amt nicht zur Verfügung zu stehen. Für eine Weile glaubten selbst jene, die Oskar Lafontaine nicht

„Der haut auch auf den Tisch“

Wie der saarländische Ministerpräsident Lafontaine das kleinste Bundesland regiert

Maria Zimmermann, Regierungssprecherin in der Saarbrücker Staatskanzlei, ist eine gestreßte Frau. Ihren Chef, den saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine, kriegt sie nach eigenem Bekunden „zu selten“ zu fassen. Kaum sei er mal in seinem Dienstzimmer, klagt Frau Zimmermann, „dann ist er auch schon wieder weg“.

Deshalb hat die Regierungssprecherin vorgeschlagen, „daß sich der Oskar klonen läßt“, und zwar „wenigstens viermal“. Zumindest müsse ein Doppelgänger engagiert werden: „Den können wir dann zu den Terminen schicken.“

In dem Gefrotzel steckt ein wahrer Kern. Seit Lafontaine außer seinem Job als Regierungschef auch den Posten des stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden innehat und der sozialdemokratischen Programmkommission vorsitzt, eilt er zwischen Bonn und Saarbrücken hin und her und wird in der Staatskanzlei häufig vermißt.

Der Oskar sei, mäkelten Parteifreunde letzte Woche im Saarbrücker Landtagsrestaurant, „zuwenig da“. Schlimmer noch: In den letzten Monaten habe er die Landespolitik „schleifen lassen“.

Kompensiert wird die Genossen-Kritik durch Lafontaines Präsenz in den Medien. Noch nie ist ein saarländischer Politiker so häufig zitiert, interviewt und von Talk-Show zu Talk-Show gereicht worden wie Lafontaine, noch nie war das Saarland so häufig Ausgangspunkt politischer Aktivitäten. Für die Saarländer, die in ihrer Geschichte immer wieder gedeckelt wurden, aber stolz sind auf ihr Land („Mir sinn wer“), ein völlig neues Wir-Gefühl.

Bis zur Landtagswahl 1985, als Lafontaines SPD die CDU/FDP-Regierung des wenig erfolgreichen Christdemokraten Werner Zeyer ablöste, tauchte der kleinste Flächenstaat der Republik höchstens mal in den Nachrichten auf, wenn es um Stahlkrise, Milliarden schulden oder Arbeitslosigkeit ging.

Seit Lafontaine regiert, ist das anders. Zwar ist die Stahlkrise längst nicht bewältigt. Auch sind die Schulden auf mittlerweile 9,8 Milliarden Mark angestiegen, ist die Arbeitslosigkeit gleich hoch geblieben (13,3 Prozent), wird die Pro-Kopf-Verschuldung noch in diesem Jahr die Höhe von 10 000 Mark pro Bürger überschreiten.

Doch im Unterschied zu früher wird nicht mehr darüber geredet. Grund: Lafontaine hievt das Saarland geschickt anderweitig in die Schlagzeilen – vornehmlich mit Maßnahmen, die das Land nichts kosten.

So wurde kurz nach seinem Wahlsieg der Radikalenerlaß außer Kraft gesetzt, mußten sich im Saarland die Bewerber für den öffentlichen Dienst nicht mehr einer sogenannten Regelanfrage beim Verfassungsschutz unterziehen. Lafontaines Argument: „Warum, bitte schön, soll ein junger Kommunist nicht Briefträger oder Lehrer sein, wenn er nur seine Arbeit richtig macht?“

Heftige Diskussionen löste die Ankündigung von Lafontaines Umweltminister Jo Leinen aus, Autorallyes im Saarland zu verbieten. ADAC-Vizepräsident Otto Flimm wettete über die „von Ideologie gegen das Auto motivierte Entscheidung“, der Bund für Umwelt und Naturschutz jubelte über die „richtige Reaktion“ zur „rechten Zeit“.

wöhnlichen politischen Instinkts habe der SPD-Regierungschef „die Finger von allem gelassen, was ihm hätte gefährlich werden können“. Auch sei er der erste saarländische Ministerpräsident, der in Bonn „nicht nur um Geld bettelt, sondern auch auf den Tisch haut“.

Vor allem glückte Lafontaine ein Coup in der Wirtschaftspolitik: Er befriedete vorläufig das marode Hüttenwerk Arbed Saarstahl. Der luxemburgische Konzern hatte zwischen 1978 und 1985 rund 2,6 Milliarden Mark öffentliche Mittel verschlungen und war trotzdem von 22 000 auf rund 12 500 Mitarbeiter geschrumpft. Das endgültige Aus stand unmittelbar bevor.

Um den Betrieb aus den roten Zahlen zu holen, waren weitere Entlassungen



Kumpel Lafontaine (r.), Arbeiter: Neues Wir-Gefühl

Unterstützung von CDU und FDP bekam die Landesregierung für ihren Schritt, gegen die Betriebsgenehmigung des Atomkraftwerks im benachbarten Cattenom (Lafontaine: „Zentrale des Todes“) vor dem Verwaltungsgericht in Straßburg zu klagen. Zustimmung der Grünen fand der Erlaß, die Polizeiarsenale von CS-Reizgaspatronen, Maschinengewehren und Handgranaten zu säubern. Und im geplanten neuen Polizeigesetz soll die Rasterfahndung stark reduziert werden und für den finalen Rettungsschuß kein Platz mehr sein.

„Lafontaine hat praktisch keine Fehler gemacht“, kommentiert Otto Klinkhammer, Chefredakteur des Saarländischen Rundfunks, die Zwischenbilanz des Ministerpräsidenten. Dank seines unge-

unumgänglich – für einen frischgewählten SPD-Ministerpräsidenten ein Horror-Szenario. Doch Lafontaine griff tief in den Zauberkasten.

Trick Nummer eins: Wie Bäcker Horst Schiesser einst die Neue Heimat, kaufte das Land dem Mutterkonzern 76 Prozent des Hüttenwerks zum symbolischen Preis von einer Mark ab. Damit konnten die Luxemburger nicht mehr ihre Drohung wahr machen, das Werk bankrott gehen zu lassen.

Trick Nummer zwei: Ausgerechnet den früheren christdemokratischen Wirtschaftsminister Manfred Schäfer gewann Lafontaine für den Posten des Landes treuhänders. Damit war die christdemokratische Opposition eingebunden, deren Bonn-Kontakte unverzichtbar sind,



Landesvater Lafontaine: „Ich trinke gerne einen“

um weitere Bundesmittel lockerzumachen.

Trick Nummer drei: Durch Gründung einer Stahlstiftung Saarland sind die Gewerkschaften ruhiggestellt worden. In einem Schutzvertrag zwischen den Arbeitgebern und der IG Metall wurden Massenentlassungen ausgeschlossen, bei unabwendbaren Einzelkündigungen zahlt die Stiftung bis zu 95 Prozent des letzten Monatseinkommens.

Der schweißtreibenden Pflichtnummer bei Arbed, wo laut Geschäftsführung gegenwärtig „hohe Auftragseingänge“ registriert werden, folgte die Kür. Um sich als eiserner Sparkommissar zu profilieren, knöpfte sich Lafontaine den öffentlichen Dienst vor. Seinen Beamten (Lafontaine: „Sesselfurzer“) strich er die Ministerialzulage, Beförderungstermine wurden seltener, die Wiederbesetzungssperre verlängert – Maßnahmen, die außerhalb des gehobenen Dienstes viel Beifall fanden.

Und als wär's ein Stück Bonner Wendepolitik, wurden freiwillige Sozialleistungen wie etwa Wohnungsbaudarlehen gekürzt oder ganz abgeschafft. Auch sollen insgesamt im öffentlichen Dienst jährlich 150 Stellen eingespart werden.

So richtig ausgeholt wurde in der Kultur- und Gesundheitspolitik. Binnen zweieinhalb Jahren sind 36 Grund- und Hauptschulen und vier kleine Krankenhäuser dichtgemacht worden: die Schulen – vornehmlich Zwergschulen –, weil sie angeblich pädagogisch wertlos und zu teuer, die Krankenhäuser, weil sie „unrentabel“ waren. Erhoffter Spareffekt: rund 45 Millionen Mark.

Wenn es um den eigenen Arbeitsbereich geht, ist der Ministerpräsident we-

niger knauserig: Seit seinem Amtsantritt stieg die Zahl der Bediensteten in der Staatskanzlei von 70 auf rund 100 an.

Zum Sparkurs paßt auch nicht, daß Lafontaine den Saarbrücker Edelgastronomen Heinz Peter Koop für ein Monatslohn von 6100 Mark als Küchenchef für die saarländische Vertretung in Bonn anheuerte. „Öffentlich predigen sie Wasser, heimlich trinken sie Wein“, ereiferte sich der saarländische CDU-Chef Peter Jacoby in der Haushaltsdebatte, sein Parteifreund Günther Schwarz ergänzte: „Die ärmste Küche

darf sich doch nicht den teuersten Koch leisten.“

Lafontaine schaltete schnell und nutzte den Protest, um sich als lebensfrohen Mitbürger darzustellen, der am liebsten mit seinen Wählern am Tresen stehen und saftig über Gott und die Welt schwätzen würde. „Ich trinke gerne einen und esse gerne gut“, verriet er vor laufenden TV-Kameras, seine Kritiker standen als puritanische Nörgelfritzen da.

Anders als etwa sein steifer Vorgänger Zeyer, der bis spät in die Nacht in der Staatskanzlei über Akten brütete, aber den direkten Kontakt mit den Wählern scheute, ist Lafontaine ein Politiker zum Anfassen, wie er im Saarland ankommt. Auf dem Sankt-Johanner-Markt in Saarbrücken, wo eine Bierkneipe neben der anderen steht, nennen ihn alle nur „Oskar“.

Doch wenn ihm etwas gegen den Strich läuft, etwa im Kabinett, gibt sich Lafontaine weniger gemächlich. Als „ruppig und autoritär“ schildert ihn ein Kabinettsmitglied, aufbrausend „wie ein kleiner Napoleon“.

Mitunter fließen sogar Tränen. Als sich Gesundheitsministerin Brunhilde Peter nach Lafontaines Geschmack mit allzu pathetischen Argumenten gegen die Zeugung menschlichen Lebens im Reagenzglas aussprach, kanzelte der Chef sie vor versammelter Regierungsmannschaft als Moraltante ab – Frau Peter weinte bitterlich.

Auch in der Saarbrücker Staatskanzlei wird Lafontaine mehr respektiert als geliebt. „Draußen redet er für die 35-Stunden-Woche“, motzte letzte Woche ein Mitarbeiter, „und uns läßt er hier schon mal viel länger malochen.“

Ohne vollen Lohnausgleich, versteht sich.

unterschätzen, daß er mit der Brückierung der Rechten wie der Linken seine bundespolitische Zukunft selbst erledigt habe.

Kaum ist er, mit Aplomb, wieder auf der großen Bühne, jammern die Genossen, er hätte Inhalt und Zeitpunkt abstimmen und die Sprache womöglich dezent wählen müssen. Das zeigt, daß viele die gezielte Methode seines provokativen Vorpreschens noch immer nicht so recht begriffen haben. Es ist Rechtfertigung und Spott zugleich, wenn Lafontaine am vorletzten Wochenende in Heidelberg lieben Genossen predigt, daß „die Linke immer dann schlecht war, wenn sie glaubte, mit dem Wiederkäuen alter Formeln Politik machen zu können“.

Daß Lafontaine mit solchen spektakulären Alleingängen stets ein hohes Risiko eingeht, ist ihm bewußt, wohl gar erwünscht. Bei aller Zielstrebigkeit seiner Karriere nämlich ist der Saarländer immer sonderbar ambivalent geblieben. Seine Vorbehalte gegenüber dem menschenzermürbenden Betrieb in Bonn und die Vorliebe für lebensfrohe Freizeitgenüsse sind keine bloßen Attitüden. Oskar Lafontaine liebäugelt immer ein wenig mit der Idee, letztlich doch noch etwas anderes machen zu können. Auch diese Haltung mag kokett sein, zugleich enthält aber seine Risikobereitschaft immer auch ein wenig die Herausforderung an das Schicksal, ihm einen anderen Weg aufzuzwingen.

Leicht macht er es dem Schicksal freilich nicht. Denn wenn er herausfordernd mit neuen Thesen an die Öffentlichkeit tritt, hat sich der wissenschaftliche Perfektionist und Bücherfresser Lafontaine sorgfältig theoretisch vorbereitet, neuerdings sogar so sorgfältig, daß er nach all dem Bücherlesen auch immer gleich ein eigenes schreibt.

Überdies achtet Lafontaine darauf, daß er bei seinen geistigen Höhenflügen nie die Bodenhaftung verliert. Ausdrücklich zeigt er seine Legitimation vor, wenn er eine neue Debatte, wie die über Lohnausgleich und Arbeitsbegriff, lostritt: „Ich bin Mitglied einer Gewerkschaft, ich bin Mitglied einer Partei, ich trage Verantwortung als Ministerpräsident. Ich bin also gefordert, mich zu einer Frage zu äußern, die eine wichtige Bedeutung hat für die Entwicklung der öffentlichen Haushalte und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.“

Sein jetziger Vorstoß etwa muß den Gewerkschaftern besonders unangenehm sein, weil ihn die Mitglieder als einen der Ihren verstehen. Er kennt und teilt ihre Mentalität.

Arbeiter war sein Vater, und obwohl der zwei Jahre nach der Geburt seiner Söhne im Krieg blieb, verharrte die Familie im Milieu: Die Mutter arbeitete im Stahlkonzern Röchling als Sekretärin. Es mag ein guter Gag sein, aber es ist keine bloße Masche, daß Oskar Lafontaine heute noch immer einen Stahlarbeiter-

Müssen es immer die Männer sein?

SPIEGEL-Redakteurin Marion Schreiber über SPD-Vorstandsdamen

Wo seid ihr, Heidemarie, Herta und Inge? Kein Beifall, keine Unterstützung für Oskar Lafontaines feministisches Engagement? Den alltäglichen Einsatz der Frauen im Haushalt und in der Familie will er als „Arbeit“ anerkennen und sozial absichern. Doch statt Lob – betretenes Schweigen bei den sozialdemokratischen Vorstandsdamen.

Ist ihnen vielleicht die Absicht zu kühn, den traditionellen Arbeitsbegriff auch um diese „gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten“ zu erweitern? Schließlich hat die Forderung nach bezahlter Hausarbeit so radikal noch kein Mann zu stellen gewagt. In der SPD ging es bisher vor allem um mehr Chancengleichheit und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Kinder und Küche fielen unter die Maxime „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“.

Und nun erzählt Lafontaine seinen Genossen, diese für sie so bequeme Aufteilung der Welt in „arbeitslose“ Hausfrauen und entlohnte Arbeitnehmer sei „familien- und frauenfeindlich“. Fehlt den Sozialdemokratinnen schlicht der Mut oder vielleicht das Interesse, Oskar, dem Feministen, öffentlich beizustehen?

Sicherlich, Heidemarie Wiczorek-Zeul hat alle Hände voll zu tun, um in Hessen Karriere zu machen. Herta Däubler-Gmelin hegt vermutlich schwerwiegende Bedenken gegen Lafontaines forschenden Vorstoß. Und für Inge Wettig-Danielmeier, die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, ist derzeit das Thema Gentechnologie und Quotierung vorrangig.

Zwar reagierten einige Sozialdemokratinnen auf Lafontaines Vorschläge für eine Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich – doch nur ganz allgemein und keineswegs als Frau. ÖTV-Chefin Monika Wulf-Mathies weist Lafontaines „Effekthascherei“ empört zurück, Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs hält die Diskussion für eine „Scheindebatte“. Allein Ingrid Matthäus-Maier meldete Zustimmung an – als Finanzexpertin der SPD-Fraktion.

Was lehren uns diese Herren Damen in traditionellen Männerpositionen? Nichts über die erhoffte neue weibliche Qualität in der Politik. Und viel darüber, daß auch den Frauen auf dem Weg nach oben der Schneid zu Unbequemlichkeit abgekauft werden kann. Oder haben sie vielleicht nur gelernt, daß mit Frauenthemen keine Parteikarriere zu machen ist? Vielleicht auch hängt ihr Schwei-

gen damit zusammen, daß sie den Clinch mit den Gewerkschaften fürchten. Schließlich kommt „man“, wie der Gewerkschafter Hermann Rappe es im SPIEGEL-Streitgespräch mit Lafontaine formulierte, bei einer umfassenden Definition des Begriffes Arbeit ganz schön „ins Rutschen“.

In der Tat: Wenn schon ein sozialdemokratischer Parteivize die Feministin Simone de Beauvoir als Kronzeugin mit dem Zitat „Die Selbständigkeit beginnt beim Portemonnaie“ bemüht, wenn er – auch dem weiblichen Teil unserer Gesellschaft zuliebe – überholte Arbeitsstrukturen „aufbrechen“ will, dann kommt Bewegung in die längst überfällige Diskussion um eine gerechtere Aufteilung von Arbeit und Einkommen.

Eine Bewegung, die für die Gewerkschaften mit ihrer starren Fixierung auf den Vollzeitjob bedrohlich ist. Nicht aber für die Frauen, die als Mütter unentgeltlich Erziehungsarbeit leisten, als Haushälterinnen und Therapeutinnen ihre Ehemänner versorgen, als Arbeitnehmerinnen, Angestellte oder Akademikerinnen sich resigniert in die Berufslosigkeit zurückgezogen haben, weil sie der Arbeitsmarkt nicht mehr braucht. Die Gewerkschaften, diese Lektion sollten doch auch sozialdemokratische Politikerinnen gelernt haben, waren noch nie die stärksten Verbündeten der Frauen. „Zuletzt geheuert, zuerst gefeuert“ – an dieser Gesetzmäßigkeit im Leben einer deutschen Arbeiterin mochten auch die Gewerkschaften nichts ändern. Und wie lange hat es gedauert, ehe sie sich aufrafften, den Kampf ihrer weiblichen Mitglieder vor den Gerichten um gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu unterstützen. Einen typisch weiblichen Sektor der Arbeitswelt, die Teilzeitarbeit, blendeten sie schlicht aus.

Die wirkliche Unterstützung kommt offenbar von einer ganz anderen Seite. Bei der CDU löste Heiner Geißler 1985 mit den Leitsätzen für eine „Neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ unter den Unionsdamen mit den Blockabsätzen und Rüschenblusen einen geradezu emanzipatorischen Schub aus. Und seine Idee war es, die unabhängige Professorin Rita Süsmuth und nicht eine der bekannten Parteidamen zur Familienministerin zu machen.

Müssen es denn wirklich immer die Männer sein, die – zumindest in den beiden großen Parteien – die Frauenfrage puschen?

Lohnzettel in der Tasche hat. Er fühlt sich zugehörig und verantwortlich.

Ohne sich kumpelhaft anzubiedern, vermag Oskar Lafontaine, der studierte Ministerpräsident, auch heute noch den Arbeiterführer zu verkörpern. Auch das Thema Nachrüstung etwa hat er nie losgelöst vom Schicksal der Menschen in seiner Region behandelt. Auf dem Kölner Parteitag 1983, auf dem die SPD sozusagen die Konsequenz aus dreihundert aufwiegelnden Reden des Saarländers gegen Raketenstationierung zog, prasselte der Beifall los, als er sagte: „... daß wir nämlich nicht zulassen, daß die Diskussion um die Frage der Rüstung abgekoppelt wird von der Frage der Wirtschaftspolitik und der Frage der Sozialpolitik“.

Wie damals zum Friedensthema hat Oskar Lafontaine auch bei seinen Diskussionsanstößen zum Thema Arbeit dafür gesorgt, daß seine eigenen Überzeugungen, seine politischen Interessen und seine Qualifikationen sich decken. Es gelingt ihm, die Diskussion über seine eigene Partei hinauszutragen und zugleich seine eigene Parteibasis an der Saar nicht zu verprellen. Denn das ist allemal der solideste Teil des Politikers Lafontaine gewesen, daß er weiß: „Nur wer zu Hause erfolgreich ist, hat Erfolge darüber hinaus“ (siehe Seite 28).

Jetzt macht er auch in der Bundespolitik wieder Furore – und schon wird die Kanzlerpartei nervös. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, sonst Spezialist für das Besetzen politischer Themen, konnte in dem Wirbel, den der fixe Saarländer ausgelöst hatte, nur noch müde nachklappern. Er begrüßte, daß wenigstens eine „Minderheit“ der Sozialdemokraten „auf den vernünftigen Kurs“ einschwenke. Geißlers Kursbeschreibung könnte von Lafontaine stammen: „Die Tarifverhandlungen sollten von einer neuen Solidarität bestimmt sein, die Arbeitslose mit einbezieht.“

Ein Anflug von Neid überkam auch Christoph Böhr, den Vorsitzenden der Jungen Union. „Es wäre gut gewesen“, bekannte der Nachwuchsmann, „wenn die CDU eine Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung begonnen hätte, wie es Oskar Lafontaine getan hat.“

Tatsächlich nehmen die Strategen im Konrad-Adenauer-Haus Lafontaines Vorstoß sehr ernst. Sie sehen darin ein Signal, daß sich die SPD aus der Umklammerung der Gewerkschaften löst, sich für Unternehmer und bürgerliche Wähler wieder akzeptabel macht und so auch Geißlers Lagertheorie in Frage stellt, daß die Bundesrepublik schon aus wirtschaftspolitischen Gründen nur von Union und Freidemokraten regiert werden könne. CDU-Geschäftsführer Peter Radunski: „Wir unterschätzen diese Entwicklung überhaupt nicht.“

Wie könnten sie auch, ist ihnen doch nicht entgangen, mit welcher Aufmerksamkeit mancher Spitzenliberale (Hans-Dietrich Genscher: „Großes Interesse“)

Lafontaines Ketzereien gegen sozialdemokratischen „Verantwortungsimperialismus“ in der Wirtschaftspolitik verfolgt. Und daß der SPD-Vize den Koalitionspartner von einst im Visier hat, sagen andere Sozis unverblümt als er selbst. Schatzmeister Hans-Ulrich Klose letzte Woche auf die Frage, ob Lafontaines Diskussionsanstöße in Richtung FDP zielen: „Das sehe ich darin auch. Und das wäre ja auch nicht so neu, weil es da Hinweise über seine Einstellung schon seit längerer Zeit gibt.“

Klose vergaß nicht hinzuzufügen: „Ich teile seine Meinung.“ Und SPD-Präsident Peter Glotz sekundierte: „Politische Signale der Auflockerung halte ich auch für nötig, wenn man wieder regieren will.“

te. Denn: „Wir können von den Arbeitnehmern schlecht Solidaritätssopfer verlangen, während die wirklich Reichen Steuernachlaß kassieren.“

Von der Umverteilung à la Stoltenberg hält freilich auch Lafontaine nichts. Nur: Gegen liberalkonservative Angebotspolitik und gegen die Steuerreform laufen die Sozis seit langem Sturm – mit mäßigem Echo. Erst der Siersburger Trompetenstoß, der den eigenen Genossen in den Ohren dröhnt, brachte die für eine Oppositionspartei selten wohlfeile öffentliche Aufmerksamkeit.

In der Sache will Lafontaine denn auch nicht wackeln. Zwar wirkte es wie ein halber Rückzieher, als er diejenigen, denen künftig Arbeitszeitverkürzungen nicht mehr entgolten werden sollen, in

einimpfen, sie müsse sich rasch aus ihrer defensiven Haltung gegenüber den schnellen technologischen Umbrüchen der „dritten industriellen Revolution“ lösen, wolle sie nicht am Ende nur die Opfer der Entwicklung organisieren.

Immer kürzer werdende Arbeitszeiten in immer anspruchsvolleren Jobs kämen dem gewachsenen Bedürfnis der Menschen nach individuellen Entfaltungsmöglichkeiten entgegen. Und vor allem böten sie die Chance, mit der Benachteiligung der Frauen Schluß zu machen.

Erwerbsarbeit und traditionell unbezahlte Tätigkeiten faßt der Saarländer deshalb unter dem Begriff der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ zusammen, die schon „immer aus der Haus- und Familienarbeit, die Versorgung und Erziehung der Kinder eingeschlossen, und der Arbeit zur Herstellung der lebensnotwendigen Güter“ bestanden habe. Lafontaines Schluß: „Es hat sich gezeigt, daß Männer und Frauen gleichermaßen fähig sind, sowohl diese wie auch jene Art von Arbeit zu verrichten.“

Das müßte Musik in den Ohren der SPD-Frauen sein, fordern sie doch den Sechs-Stunden-Arbeitstag als Voraussetzung für eine gerechte Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit. Aber bislang haben sich die Sozialdemokratinnen merkwürdig bedeckt gehalten.

Immerhin sind sie sich mit dem Saarbrücker Emanzipator einig, daß der im Irseer Programmwurf fixierte Arbeitsbegriff aufgebrochen werden müsse. Dort hatten sich Rappe und der IG-Metall-Chef Franz Steinkühler zu mehr als dem Zugeständnis nicht finden wollen, die SPD solle „verstärkt für die gesellschaftliche Anerkennung solcher Arbeit werben, die Menschen außerhalb des Erwerbssektors leisten“.

Zoff steht also auch in der Programmarbeit bevor. Und den hatte der geschäftsführende Kommissionsvorsitzende Lafontaine durchaus mit im Sinn, als er sich entschloß, dem dritten und wohl letzten SPD-Grundsatzprogramm in diesem Jahrhundert mit einem neuen Arbeitsbegriff seinen Stempel aufzudrücken.

Ob er sich durchsetzt gegen die Traditionsgenossen, ist noch längst nicht ausgemacht. Aber an weiteren Konfliktthemen wäre auch dann kein Mangel. Eines erschnupperte er am Dienstag letzter Woche in Paris. Da war auch um acht Uhr am Abend noch Leben in den Straßen, es roch nach frischem Brot, die Menschen kauften ein. Der saarländische Bonvivant, auf dem Weg zu einem Essen mit EG-Kommissionspräsident Jacques Delors, zu einem Begleiter: „Sie können sich denken, daß mir die französische Regelung sehr sympathisch ist.“

Einen Streit um den deutschen Ladenschluß aber möchte Oskar Lafontaine seinen Querelen mit den Gewerkschaften nicht hinzufügen, einstweilen jedenfalls. ◆



Parteichef Vogel, Vertreter Lafontaine, Rau: „Liebste Position“

Doch da sind einstweilen, außer der Union, noch viele und durchaus mächtige Genossen vor – nicht nur der Vorsitzende Vogel. Hermann Rappe etwa lehnt nicht nur Lafontaines Überlegungen zu Lohnausgleich und Neudefinition des Arbeitsbegriffs ab (SPIEGEL 9/1988), er sieht auch „keinerlei Anknüpfungspunkte“ mit der Wende-FDP.

Erst letzten Dienstag führte der IG-Chemie-Boß in der Bundestagsfraktion wieder den lautstarken Chor der Oskar-Kritiker an: Der sei der ÖTV in den Rücken gefallen, obwohl er doch genau wisse, daß die Arbeitnehmer für Arbeitszeitverkürzungen schon immer auf Lohnzuwächse verzichtet hätten.

Ein paar Einwände haben selbst Freunde, die Lafontaine in der Sache zustimmen. Mitlenkel Gerhard Schröder hätte es lieber gesehen, wenn der Oberenkel seinen Kracher mehr mit Gerhard Stoltenbergs Steuerreform verknüpft und so „falschen Beifall“ vermieden hät-

der Einkommensklasse ab 5000 Mark monatlich ansiedelte. Doch für diesen Vorschlag kann sich der SPD-Vize immerhin auf einen Parteitagbeschuß berufen: 1982 in München hatten die Sozialdemokraten von eben jenen Gehaltsgruppen eine sechsprozentige Ergänzungsabgabe gefordert – für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Der Einwand, daß die Industriewerkschaften in der Regel über Einkommen dieser Größenordnung gar nicht verhandeln, schreckt Lafontaine nicht. Notfalls müsse das Solidaropfer dann halt tiefer angesetzt werden. Wichtig sei allein das Prinzip, daß die Tarifpartner dazu übergehen, Produktivitätszuwächse nicht überwiegend unter sich aufzuteilen, sondern konsequent für die Schaffung neuer Arbeitsplätze einzusetzen.

Eng verbunden mit diesem aktuellen tarifpolitischen Ansatz ist Lafontaines Zukunftsforderung nach einer Neubewertung der Arbeit. Seiner Partei will er